



**Schriftführer:**

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv  
Herr Michel Duhn, Büro der Stvv  
Herr Daniel Krieg, Büro der Stvv

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
13.04.2016
- 3 Pfingstberghang / Villa Henckel - Lösungsvorschlag zur Vermeidung  
langjähriger Streits um die öffentliche Zugänglichkeit  
Vorlage: 16/SVV/0079  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
mit Äa Fraktion DIE aNDERE
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West  
Vorlage: 15/SVV/0891  
Fraktion DIE LINKE
  - 4.2 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen  
Vorlage: 16/SVV/0006  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
  - 4.3 Kommunalen Wohnungsbestand erhalten  
Vorlage: 16/SVV/0041  
Fraktion DIE aNDERE
  - 4.4 Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der  
Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0117  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
  - 4.5 Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung  
Vorlage: 16/SVV/0122  
Fraktion DIE LINKE
  - 4.6 Aufbau eines Energie- und Klimaschutzmanagements  
Vorlage: 16/SVV/0179  
Fraktion CDU/ANW, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
  - 5.1 Bericht - Demokratiedenkmal auf dem Luisenplatz  
gemäß Beschluss: 15/SVV/0773

- 5.2 Information zum anonymisierten Bewerbungsverfahren
- 5.3 Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten - Zwischenbericht  
Vorlage: 16/SVV/0278  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.4 Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die Sanierungsmaßnahmen  
gemäß Beschluss: 14/SVV/0940 und 15/SVV/0008
- 5.4.1 Schulentwicklungsplanung - 5. Sachstandbericht  
Vorlage: 16/SVV/0306  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 5.5 Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - Zwischenbericht  
Vorlage: 16/SVV/0277  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 5.6 Initiative für ein Schulbauförderprogramm des Landes  
Vorlage: 16/SVV/0279  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 6 Sonstiges
- 6.1 Information zur geplanten Vertragsunterzeichnung der Städtepartnerschaft in Versailles vom 11.-12. Juni 2016

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.04.2016**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, den Punkt 4.1 – Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West aufgrund fehlender Voten der Fachausschüsse sowie den Punkt 5.1 – Bericht Demokratiedenkmal auf dem Luisenplatz - **zurückzustellen**.

Der Oberbürgermeister verweist im Weiteren auf folgende Anträge auf Rederecht:

Zum Tagesordnungspunkt 3 – Pfingstberghang / Villa Henckel – Lösungsvorschlag zur Vermeidung langjährigen Streits um die öffentliche Zugänglichkeit – **Frau Marilyn Schröder – Pflingstberginitiative.**

Zum Tagesordnungspunkt 5.3 – Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten – Zwischenbericht – **Herr Dr. Heinz Berg – Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.**

**Abstimmung:** Die vorliegenden Anträge auf Rederecht werden mit Stimmmehrheit **bestätigt.**

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt.**

Die Bestätigung der Niederschrift der Hauptausschusssitzung vom 13.04.2016 wird auf die Sitzung am 11.05.2016 vertagt.

**zu 3 Pflingstberghang / Villa Henckel - Lösungsvorschlag zur Vermeidung langjährigen Streits um die öffentliche Zugänglichkeit  
Vorlage: 16/SVV/0079**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
mit Äa Fraktion DIE aNDERE

Zu Beginn erhält Frau Schröder von der Pflingstberginitiative das Rederecht.

Sie erläutert erneut die Position der Initiative und spricht sich gegen die bisher favorisierte Variante B aus. Sie stellt die Frage, ob die aktuelle Version der Vorlage ein Kompromiss oder ein Rückschritt sei und fordert im Namen der Initiative eine zügige Öffnung des Parks für die Öffentlichkeit und eine schnellstmögliche Entfernung des Bauzaunes.

Im Anschluss erklärt der Oberbürgermeister, dass bereits in vorangegangenen Sitzungen alle Varianten ausführlich in den Fachausschüssen diskutiert und empfohlen wurde, den Punkt 4 der Vorlage zu streichen.

Herr Dr. Scharfenberg bemerkt, dass er eine überarbeitete Beschlussvorlage erwartet habe und schlägt vor, diese bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 11. Mai 2016 zurück zu stellen. Er erinnert an die kritische Nachfrage, ob die empfohlene Variante der Abgrenzung einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zugänglich sei.

Herr Goetzmann führt aus, dass die Variante B aus Sicht der Verwaltung befreibar sei; es müsse jedoch, wie verwaltungsseitig schon zuvor betont, vorab ein eindeutiges politisches Votum dazu geben.

Bezüglich des Entfernens des Bauzauns müssen neben der Baustellenlogistik auch die planungs-, naturschutz- und denkmalschutzrechtlichen Vorschriften beachtet werden.

Kurzfristige Festlegungen zu einem verbindlichen Zeitplan für die Öffnung der Anlage seien deshalb unrealistisch.

Während der Baumaßnahmen werde der Hauptweg am Hangfuß nicht für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Punkt 5 wie folgt zu ergänzen:

***Über die weiteren Verfahrensschritte ist der Hauptausschuss zu unterrichten, erstmalig im Oktober 2016.***

Herr Schüler erklärt, bezugnehmend auf die Frage von Frau Schröder, dass der Kompromiss darin liege, dass ein Großteil des Parks wiederhergestellt und öffentlich zugänglich gemacht werden soll. Dies sei nach den Erwartungen zum Nießbrauchvertrag nicht festgeschrieben.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass es sich um private Flächen handelt, die öffentlich gewidmet werden. Herr Kirsch ergänzt, dass er genau darin den Kompromiss sehe.

Nach weiterer Kritik zur fehlenden zeitlichen Perspektive einer Zugänglichkeit der Anlage erklärt die Verwaltung, dass noch vor verbindlichen Genehmigungsentscheidungen über den Zeitplan der vorgesehenen Maßnahmen berichtet werden wird.

Der Oberbürgermeister stellt den **Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zur Abstimmung:**

Dieser wird mit 6 Ja-Stimmen und zahlreichen Nein-Stimmen **abgelehnt**

Im Anschluss wird die geänderte Vorlage (Streichung Punkt 4 und Ergänzung des Punkt 5) zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf eine einvernehmliche Regelung zwischen der MDB, der SPSPG und der LHP betreffend die Nutzung der Parkanlage „Pfungstberghang/Villa Henckel“ hinzuwirken. Grundlage soll die in Anlage 2 dargestellte Variante B der Flächenabgrenzung zwischen der öffentlich nutzbaren Parkanlage und den privat nutzbaren Teilen des wiederherzustellenden Gartenparks sein.**
- 2. Der hierfür erforderlichen Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans 48 „Am Neuen Garten“ hinsichtlich Abgrenzung und Größenverhältnis zwischen öffentlicher und privater Parkanlage wird zugestimmt.**
- 3. Voraussetzung für die einvernehmliche Regelung ist die im Nießbrauchvertrag zwischen der MDB und der SPSPG garantierte Übernahme der Investitionskosten für die Bereinigung und Wiederherstellung der Parkanlage sowie für die Erneuerung der Villa Schlieffen durch die MDB.**
- 4. In der einvernehmlichen Regelung ist vorzusehen, dass bereits während der Arbeiten zur Wiederherstellung in einem möglichst weiten Umfang die Zugänglichkeit der Parkanlage wieder gewährleistet wird.**

**Über die weiteren Verfahrensschritte ist der Hauptausschuss zu unterrichten, erstmalig im Oktober 2016.**

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei 5 Gegenstimmen.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West**

**Vorlage: 15/SVV/0891**  
Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt**

**zu 4.2 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen**

**Vorlage: 16/SVV/0006**  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Schüler erklärt namens der antragstellenden Fraktion, dass sich die Vorlage mit dem vorgeschlagenen Verfahren erledigt habe.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen die Kommerzialisierung des Luftschiffhafens aus, da dieser dem Sport dienen solle. Er bittet den Punkt zu streichen und die vertraglichen Regelungen in der Geschäftsordnung anzupassen.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass es eine entsprechende Untersuchung gegeben habe, bei der die Problempunkte angesprochen wurden.  
Frau Dr. Magdowski ergänzt, dass die Unternehmensberatungsfirma aufgefordert war, die wirtschaftlichen Belange zu beleuchten, unter Beachtung der Geschäftsordnung der Geschäftsleitung.

Die Anpassung der vertraglichen Regelungen der Geschäftsordnung werde im Jahr 2016 erfolgen.

Herr Wollenberg spricht sich dafür aus, dass die Zielvereinbarung zur Kommerzialisierung der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.  
Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

**zu 4.3 Kommunalen Wohnungsbestand erhalten**

**Vorlage: 16/SVV/0041**  
Fraktion DIE aNDERE

Herr Szilleweit bringt namens der Fraktion DIE aNDERE die Vorlage ein, die anschließend mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt wird:

Der Oberbürgermeister wird in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der städtischen Wohnungsgesellschaft ProPotsdam GmbH beauftragt, deren Geschäftsführung anzuweisen, künftig keine Verkäufe von Mietobjekten aus dem Bestand der ProPotsdam mehr vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,  
bei 5 Ja-Stimmen.

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage **abzulehnen**.

**zu 4.4 Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0117**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg beantragt namens der Fraktion DIE LINKE, die Vorlage wie folgt zu ändern:

- 1. Die Gebühren für Kleinkunst/Darbietung gemäß Tarif-Nummer 4, Wochen-, Spezial- und Traditionsmärkte gemäß Tarif-Nummer 7 und Trödelmärkte gemäß Tarif-Nummer 8 sind gegenüber der bisherigen Satzung nicht zu erhöhen.*
- 2. Die Gebühr für Nutzung der Straße für Filmaufnahmen je Drehort, Tarif-Nummer 11, wird mit 80,00 € anstatt 65,00 € festgesetzt.*
- 3. Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen nach Tarif-Nummer 12.1 werden in der Zone 2 Blaues Netz gegenüber dem vorliegenden Entwurf auf 3,00 €/m<sup>2</sup> anstatt auf 2,50 €/m<sup>2</sup> erhöht.*

Der Oberbürgermeister führt aus, dass der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sich ebenfalls mit der Vorlage befasst und den Punkten 1 und 3 zugestimmt, den Punkt 2 jedoch abgelehnt habe.

**Abstimmung:**

Die von der Fraktion DIE LINKE empfohlene Änderung/Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**.

Der Oberbürgermeister stellt die ursprüngliche Vorlage zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam.

**Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,  
bei 2 Stimmenthaltungen.

**zu 4.5 Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung**  
**Vorlage: 16/SVV/0122**  
Fraktion DIE LINKE

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein und verweist darauf, dass der Ausschuss für Finanzen und der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung die Vorlage abgelehnt haben. Die Verantwortlichkeiten der STEP seien vertraglich geregelt; die Verträge haben ihre Gültigkeit.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es sich bei der Vorlage um einen Prüfauftrag handelt. Ziel sei es, herauszufinden, welche Voraussetzungen nötig sind, um die angesprochenen Synergieeffekte voll nutzen zu können.

Die Vorlage wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, in welchem Umfang die Verantwortung der STEP bei der Abfallentsorgung erweitert werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, inwieweit die STEP die Öffentlichkeitsarbeit, die Informationen an die Haushalte und die Erhebung und Einziehung der Abfallgebühren auf der Grundlage der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Satzung wahrnehmen kann. Die Stadtverordnetenversammlung ist bis Juni 2016 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**  
Mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,  
bei 4 Ja-Stimmen.

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage **abzulehnen**.

**zu 4.6 Aufbau eines Energie- und Klimaschutzmanagements**  
**Vorlage: 16/SVV/0179**  
Fraktion CDU/ANW, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und verweist darauf, dass der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung einer neuen Fassung zugestimmt hat.

Im Anschluss wird die Vorlage in der neuen Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt** den Oberbürgermeister ~~wird beauftragt~~, **im Rahmen des aufzustellenden Masterplanes 100 % Klimaschutz für die Landeshauptstadt, deren Eigenbetriebe und den städtischen Gesellschaften** ein Konzept ~~für ein~~ Energie- und Klimaschutzmanagement zu entwickeln, **dass die bestehenden und/oder neu einzuführende Systeme zusammengefasst dokumentiert und damit dazu beiträgt, in regelmäßigen Zeitabständen Stand und Umsetzung von Klimaschutz aufzuzeigen.** ~~sowie eine Planung für dessen Umsetzung (auf der~~

~~Grundlage der Empfehlung der DENA). Dabei geht es insbesondere darum, die vorhandenen Konzepte zusammenzuführen und daraus ein Klimaleitbild abzuleiten.~~

**Ein erster Bericht zur Ist-Analyse ist im IV. Quartal 2016, ein ausführlicher Zwischenbericht ist Ende des I. im IV. Quartals 2017 vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1        Bericht - Demokratiedenkmal auf dem Luisenplatz  
gemäß Beschluss: 15/SVV/0773**

**zurückgestellt**

**zu 5.2        Information zum anonymisierten Bewerbungsverfahren**

Frau Krusemark erklärt, dass das anonyme Bewerbungsverfahren frühestens 2019 realisiert werden könne. Zurzeit gehen mehr als 100 Bewerbungen monatlich bei der Verwaltung ein; eine Bearbeitung sei nur mit IT-Unterstützung möglich.

Die derzeitige Fachverfahrenssoftware des Personalbereiches sei aber trotz beschaffter Zusatzmodule nur bedingt für diese Aufgabe geeignet. Für das Jahr 2017 sei eine EU-weite Vergabe für eine neue Verfahrenssoftware geplant; 2019 soll die neue Software eingeführt werden.

Nachfragen zu Vertragsdetails werden im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantwortet.

**zu 5.3        Kooperationsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der Stiftung  
Preußische Schlösser und Gärten - Zwischenbericht  
Vorlage: 16/SVV/0278**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Dr. Berg, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, ist nicht anwesend - damit entfällt das beantragte Rederecht.

Herr Jetschmanegg bringt die Mitteilungsvorlage ein und verweist darauf, dass die Bürgerbefragung nicht ausschließlich auf den Parkeintritt abziele, sondern auch die Interessen der Potsdamerinnen und Potsdamer für eine Parknutzung hinterfrage.

Frau Dr. Müller bittet um Informationen, wann das Inkrafttreten des Kooperationsvertrages geplant sei; Herr Jetschmanegg erwidert, dass dies spätestens zum Vertragsende des Pflegevertrages vorgesehen sei. Der zugrundeliegende Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sieht keine konkrete Terminierung vor.

Herr Schüler und Herr Wollenberg regen an, die Befragung zurückzustellen und den Fragenkatalog zu überarbeiten. Der vorgelegte Entwurf suggeriere eine

mögliche Einflussnahme für die Landeshauptstadt Potsdam auf die Nutzungsmöglichkeiten im Park. Es werde der Eindruck erweckt, dass der Schutz des Welterbes keine Rolle spiele; dies sei kein gutes Zeichen.

Herr Dr. Scharfenberg wertet die Befragung als Bürgerbeteiligung. Die Bürgermeinung müsse zur Kenntnis genommen werden und in die Diskussion über die Rolle der Gärten und Parks einfließen.

Er regt an, den Parkeintritt eindeutig als solchen zu bezeichnen.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass der Stiftungsrat beschlossen habe, dass es einen Parkeintritt geben werde. Dieser sei nur so lange ausgesetzt, wie die Landeshauptstadt bereit ist, jährlich 1 Mio. Euro zu zahlen. Die Landeshauptstadt sei nicht in der Position des Akteurs.

Herr Finken schlägt vor, die Ergebnisse der Befragung unter anderem für das Leitbild zu nutzen; insbesondere die Nutzung des Parks für Besuche oder als Arbeitsweg sei abzufragen.

Herr Jetschmanegg erwidert, dass im Fragenkatalog die Bereitschaft zur Zahlung eines freiwilligen als auch eines Pflichtbeitrages abgefragt werde. Dem Fragebogen werde ein Anschreiben mit entsprechenden Erläuterungen des Verfahrens und der Einflussmöglichkeit der Landeshauptstadt Potsdam vorangestellt sein.

Der Beteiligungsrat sei involviert und habe sich dafür ausgesprochen, auch Kinder und Jugendliche zu befragen.

Auf die Frage von Herrn Kirsch zu den Kosten für das Verfahren, antwortet Herr Jetschmanegg, dass mit maximalen Kosten in Höhe von 10.000,00 Euro gerechnet werde, allerdings beziehe sich diese Zahl auf eine ausschließliche Rücksendung aller Fragebögen per Post; bei der Beantwortung im Onlineverfahren würden die Kosten geringer ausfallen.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Fragebogen zu überarbeiten und diesen zur nächsten Hauptausschusssitzung am 11.05.2016 erneut vorzulegen. Auf Bitte von Herrn Schüler wird das Anschreiben ebenfalls vorgelegt.

Gegen diesen verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 5.4 Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die Sanierungsmaßnahmen gemäß Beschluss: 14/SVV/0940 und 15/SVV/0008**

**zu 5.4.1 Schulentwicklungsplanung - 5. Sachstandbericht  
Vorlage: 16/SVV/0306**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Herr Richter informiert über den Stand der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes und geht auf die einzelnen abgeschlossenen bzw. noch offenen Vorhaben in den jeweiligen Schulen ein.

Herr Schüler entnimmt aus der Vorlage, dass ab dem Schuljahr 2018/2019 die geplanten Kapazitäten die prognostizierten Schülerzahlen nicht mehr decken. Herr Finken hinterfragt, ob der Landkreis Potsdam-Mittelmark ebenfalls einen

steigenden Schulbedarf habe und dieser zu Lasten der Landeshauptstadt Potsdam gehen würde.

Dazu erläutert Frau Dr. Magdowski, dass die Kinder des Landkreises Potsdam-Mittelmark Potsdamer Schulen besuchen, der Landkreis sich jedoch nicht an den Kosten für die Schulneubauten beteilige. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark habe ebenfalls einen steigenden Schulbedarf, welcher durch freie Träger abgefangen werden solle. Aus ihrer Sicht sei ein Eingreifen des Landesministeriums zwingend erforderlich.

Herr Wollenberg weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei der Vorzugsvariante der Nutzung der Biosphäre als Privatschule die Schulkapazitäten nicht voll ausgeschöpft werden würden, da nicht alle Eltern die finanziellen Mittel zur Verfügung hätten. Deren Kinder müssten weiterhin öffentliche Schulen besuchen. Frau Dr. Magdowski schlägt dazu vor, den Beschlussvorschlag zur Biosphäre abzuwarten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 5.5 Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - Zwischenbericht**

**Vorlage: 16/SVV/0277**

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Dr. Müller verweist auf die bestehenden guten und festen Strukturen zur Bewältigung der Aufgaben; bedauert jedoch, dass die Aktualität in der Mitteilungsvorlage nicht mehr gegeben sei. Darüber hinaus sei diese sehr allgemein gehalten und ließe viele Fragen offen, wie z.B.:

- Eine Belegung in den Kitas mit max. 25 % Flüchtlingskindern.
- Wie ist die Verteilung auf die Schulen geplant?
- In den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern ist zur Absicherung der dort geleisteten Arbeit die Aufstockung der finanziellen Mittel notwendig! Wie und wann soll dies geschehen?
- Im Fachbereich Bildung und Sport soll eine Organisationsuntersuchung durchgeführt werden. Wann soll dies erfolgen?
- Bei der Unterstützung und Förderung des Ehrenamtes bestehe dringender Bedarf an Nachbesserung. Welche Pläne gibt es dafür?

Herr Bindheim erwidert, dass das Ziel klar sei; wie die Themen umzusetzen und die benötigten finanziellen Mittel bereitzustellen sind müsse noch geklärt werden.

Herr Weiberlenn ergänzt, dass die Schaffung von Schwerpunktschulen vermieden werden soll, allerdings gebe es einige – entstanden durch die Bildung von Willkommensklassen.

Änderungen seien schwierig, da es berufsorientierte Schwerpunkte gebe und die Wohnortnähe zwingend zu beachten sei.

Der Oberbürgermeister führt zum Thema Ehrenamt aus, dass die Fragen der Anerkennungskultur und auch der Aufwandserstattung neben unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten im Rahmen der Integrationskonferenz besprochen werden.

Die bestehenden Strukturen seien zu Das Thema sehr ernst genommen und die unterbreiteten Vorschläge ausgewertet.

In dem Zusammenhang seien auch die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser

zu sehen. Gemeinsam mit den Trägern müssen Konzepte entwickelt und für die Stadtteile Lösungen gefunden werden.

**zu 5.6 Initiative für ein Schulbauförderprogramm des Landes**

**Vorlage: 16/SVV/0279**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Diskussionsbedarf besteht nicht; die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6 Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg bittet um Informationen zum Stand des Entwicklungsbereiches Kramnitz. Insbesondere gehe es um die bis Mitte des Jahres zu treffende Entscheidung, ob mit einem städtebaulichen Vertrag gearbeitet werden soll oder geplant sei, das strittige Verfahren weiter zu führen.

Herr Goetzmann führt aus, dass der Bericht fertig gestellt und mit der Bitte versehen sei, die Berichterstattung in der Zukunft halbjährlich vorlegen zu können.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass derzeit Gespräche stattfinden; das Gerichtsverfahren das weitere Verfahren jedoch maßgeblich beeinflusst. Vor dem 30. Juni 2016 sei kein endgültiges Ergebnis zu erwarten.

**zu 6.1 Information zur geplanten Vertragsunterzeichnung der Städtepartnerschaft in Versailles vom 11.-12. Juni 2016**

Frau Dr. Sommer informiert, dass im Juni 2016 die Städtepartnerschaft zwischen Potsdam und Versailles geschlossen wird.

Bevor der Städtepartnerschaftsvertrag am 23. Juni 2016 in Potsdam unterzeichnet wird, findet eine erste Unterzeichnung am 11. Juni 2016 in Versailles statt.

Sie stellt das geplante Programm zur Unterzeichnung der Städtepartnerschaft vor und informiert über die Teilnehmer der Reise nach Versailles.